

## AKTUELL

„NULL OFFALL“

# Gesetzespaket gegen Müllberge

Joël Adami

**Fünf neue Gesetze sollen dafür sorgen, dass künftig weniger Müll entsteht und dieser besser entsorgt wird. Dennoch gibt es viel Kritik.**

Am vergangenen Mittwoch, dem 27. April, stimmte das Parlament über fünf Gesetzestexte zum Thema Abfall ab. Alle wurden angenommen, allerdings mit wechselnden Mehrheiten. Die Opposition lehnte also nicht alles ab, was die Regierungsparteien vorgelegt hatten, war aber auch nicht überall einverstanden. Kritik an dem Gesetzespaket gab es sowohl von Umweltschützer\*innen als auch von der Wirtschaft.



FOTO: CC-BY 2.0 ANNA GREGORY/FLOKOR

Mit einzeln verpackten Gurken soll in Luxemburger Supermärkten bald Schluss sein.

Zum Teil wurden lediglich EU-Vorschriften in nationales Recht umgesetzt, zum Beispiel was das Verbot verschiedener Einweg-Plastikprodukte wie Strohhalme, Besteck oder Wattebäusche angeht. Andere Maßnahmen des Gesetzespaketes betreffen Altbatterien und -akkus, von denen mehr gesammelt und recycelt werden müssen. Auch die Wiederverwertung und Sammlung alter Elektrogeräte wurde in einem gesonderten Gesetz neu geregelt.

Besonders in der Gastronomie werden einige Verbote bald sichtbar: Ab nächstem Jahr darf kein Essen mehr auf Plastiktellern serviert werden, ab 2025 ist Einweg auch beim Take-away verboten. In Supermärkten, wo besonders bei frischen Lebensmitteln oft eine wahre Plastikflut anfällt, wird es einige Änderungen geben: Sie müssen ab einer gewissen Größe Pläne zur Ver-

meidung von Lebensmittelabfällen aufstellen und Infrastrukturen für die Mülltrennung bereitstellen.

Letzteres haben die Handelsförderung CLC und die Einzelhandelsvereinigung Flad scharf kritisiert: Diese Bestimmungen sowie das Verbot des Verkaufs von plastikverpacktem Obst und Gemüse könnten dazu führen, dass verschiedene Produkte nicht mehr in Luxemburg angeboten würden oder im Lager ausgepackt werden müssten. Die Gesetze stellten eine „luxemburgische Extravaganz“ dar, die teuer für die Endkund\*innen werde. Kritisiert wird auch, dass eine Rechtsgrundlage für die Einführung eines Pfandsystems für Getränkeverpackungen geschaffen wurde. Luxemburg sei zu klein, um dies alleine stemmen zu können. Wie das Pfandsystem genau geregelt sein wird, ist allerdings noch gar nicht bekannt.

## Verpackungslos nur für Besserverdiener\*innen?

Die Oppositionspartei Déi Lénk kritisierte im Vorfeld der Abstimmung in einer Pressemitteilung, die Gesetze kämen zu spät und gingen nicht weit genug. Sie prangern vor allem die Entsorgung durch private Firmen an, die damit viel Geld verdienen. Abfallentsorgung gehört in den Augen der linken Partei in die öffentliche Hand. Das Gesetz verhindere zudem nicht, dass verpackungsloses Einkaufen ein Privileg für Besserverdiener\*innen bleibe.

Der Mouvement écologique hingegen begrüßt es, dass einzelne Bestimmungen über die EU-Vorgaben hinausgehen. Dennoch seien die Gesetze nur ein erster Schritt, die konkrete Umsetzung müsse von Umweltministerium und -verwaltung sowie von den Gemeinden „eng begleitet und vorangetrieben“ werden. So schlägt die Umwelt-NGO ein Bonus-Malus-System für Produkte vor, die je nach Umweltverträglichkeit ihrer Verpackung teurer oder billiger werden. Für die Eventgastronomie fordert der Mouvement vom Staat, ein standardisiertes Mehrwegsystem aufzubauen, damit Feste auch ohne tonnenweise Plastikabfall gefeiert werden können.

## SHORT NEWS

## Artikel-17-Filter: Gefährlich, aber legal

(lm) - Wo endet die Freiheit im Internet und in den sozialen Medien? Das jüngste Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum digitalen Urheberrecht ist ein Beitrag zu dieser Diskussion: Am Dienstag wurde die Klage Polens zurückgewiesen und die Vorabprüfung von hochgeladenen Inhalten durch Social-Media-Firmen gutgeheißen. Zwar handle es sich durchaus um eine Einschränkung der Rede- und Informationsfreiheit, doch die vorgesehenen Garantien stehen laut EuGH für ein Gleichgewicht zwischen dem Schutz des geistigen Eigentums und jenem der Informationsfreiheit. Wie heise.de hervorhebt, legitimiert das Urteil die Nutzung automatischer Filter beim Hochladen von Inhalten. Zwar fordert der EuGH eine hinreichend gute Unterscheidung zwischen geschütztem Inhalt und zum Beispiel Parodien. Doch schon geringe Fehlerquoten führen angesichts der vielen Veröffentlichungen zu einer nicht unerheblichen Zensur. Die Umsetzung der Richtlinie ist erst im Gange und die Praxis wird zeigen, ob das vom EuGH in Aussicht gestellte Gleichgewicht angesichts der Übermacht der Medienkonzerne wirklich zustande kommt. Das EuGH-Urteil und die Umsetzung der Urheberrechts-Richtlinie sind auch ein Probelauf, bevor der Digital Services Act eine umfassendere Regulierung des EU-Internets im Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit vornimmt.

## Planning Familial: Konsens, Drogen, Penisgröße

(tj) - Ein zusätzlicher Posten, ein Anstieg der Anfragen um 24 Prozent und ein Instagram-Account, der ankommt - Gründe, um zufrieden auf das Jahr 2021 zurückzublicken, gibt es für das Planning Familial (PF) genug. Allein in puncto Sexualerziehung stiegen die Anfragen 2021 um 129 Prozent. Am Dienstag blickten die Verantwortlichen des PF aber auch nach vorne. Drei neue Kampagnen sind geplant: Dazu gehört zunächst darüber aufzuklären, was in puncto Sexualität unter Konsens zu verstehen ist und was nicht. Darüber hinaus will das Planning auch verstärkt für das Thema „Vergewaltigungsdrogen“ sensibilisieren. Dazu verteilt es ab sofort sogenannte „cup condoms“ - eine Art Deckel, der über Gläser und Dosen gestülpt werden kann. So soll das Risiko, dass unbemerkt eine Substanz in das eigene Getränk geschüttet wird, minimiert werden. Die dritte Kampagne betrifft die Penisgröße, ein Thema, das die Verantwortlichen des PF betonten, Jugendliche stark beschäftigt. Das PF hat nun einen Leitfaden ausgearbeitet, um das für den eigenen Penis am besten geeignete Kondom auswählen zu können. Die Botschaft: Nicht auf die Länge, sondern auf den Umfang des Penis kommt es bei der entsprechenden Auswahl an. Das PF ist auch Partnerorganisation der dritten Semaine de la santé affective et sexuelle, die ab dem 2. Mai in hybrider Form stattfindet.

## Schlass vun Eesebuer : Teilabriss vorerst gestoppt

(rg) - Einer parlamentarischen Anfrage der Piraten ist zu entnehmen, dass die Demolitionsprozedur im Kontext des „Chateau d'Eisenborn“ auf dem Territorium der Gemeinde Junglinster rezent gestoppt wurde. Die Gemeindeverwaltung hatte per Aushang mitgeteilt, es liege ein Antrag zum Abriss der „grange de l'ancien couvent de Eisenborn“ vor, zu dem sich die Bevölkerung äußern sollte. Gemeint ist ein Flügel des seit 30 Jahren im Besitz des Fonds du logement befindlichen Ensembles, das jetzt teilweise einem sozialen Wohnbauprojekt weichen soll. Dass es sich allerdings nicht um eine scheinbar wertlose „Scheune“ handelt, die da abgerissen werden soll, sondern um eine durchaus aufwändige, historisch vielfach beschriebene Steinkonstruktion, geht aus den Einsprüchen hervor, die bei der Gemeinde eingegangen sind. Sogar die Kulturministerin hatte in einer Stellungnahme im Februar dieses Jahres erklärt, einem Abriss nur zuzustimmen, falls gewisse Teile wie Portale, Fenstergiebel und Ähnliches entnommen und erhalten bleiben könnten. Damit scheint sie sich allerdings der Tatsache, dass das Gebäude abgerissen werden soll, schon ergeben zu haben - obwohl das Ensemble, mit Park und Weiher 2009 unter Denkmalschutz gestellt wurde. Da es sich beim Fonds um einen öffentlichen Träger handelt, bei dem das Problem einer möglichen Schadensersatzleistung, anders als bei profitorientierten privaten Promotoren, nicht existiert, stellt sich demnach die Frage, ob der Gesamterhalt des Ensembles nicht in Betracht gezogen werden sollte. Weitere historische Details zum „Schlass Eesebuer“, aber auch eine kritische Hinterfragung des Umgangs mit diesem Denkmal finden sich in einer freien Tribüne, auf woxx.lu.